



träge bedeuten. Und in einer ehrlichen Partnerschaft würde man sich darauf verlassen können, dass Minimalvereinbarungen wie der Kulturvertrag mindestens eingehalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden. Schon die Nothilfe durch Basel-Stadt an Basel-Landschaft mit 80 Mio. Franken von 2016 bis 2019 sprach hier eine ganz andere Sprache. Die Verhandlungsergebnisse zeugen für uns nicht von einer gelebten, richtigen Partnerschaft.

Schuld am Desaster ist die verfehlte bürgerliche Finanzpolitik von Baselland. Die Regierung des Landkantons gefährdet die gemeinsamen Werke und Werte willentlich. Die SP ist in dieser Regierung im Moment leider nicht vertreten, eine linke Mehrheit wie in Basel ist auch auf längere Sicht kaum vorstellbar. Die SP Baselland kann die Entscheide der Regierung also leider nur anprangern und über Vorstösse im Landrat Verbesserungen für einzelne kulturelle Institutionen anstreben.

Den Fünfer und das Weggli gibt es nicht

Die rechtsbürgerlichen Kräfte in BL waren es, die einer Fusion der beiden Kantone überaus kritisch gegenüberstanden. Sie sind es auch, die nun einerseits bei Uni und Kultur, andererseits auch in der Gesundheits- oder Verkehrspolitik je länger, je mehr versuchen, den «Fünfer und das Weggli» zu erhaschen. Wäre man ehrlich, müsste man sich im Baselbieter Regierungslager und bei der bürgerlichen Mehrheit des Landrats eingestehen, dass man mit dieser Politik die geliebte Eigenständigkeit bereits aufgegeben hat und eine Fusion eigentlich der ehrlichere Weg gewesen wäre.

Leider sind die Mehrheitsverhältnisse im Kanton Baselland so, wie sie eben sind. Bei den nächsten Regierungs- und/oder Landratswahlen ist es umso mehr allerhöchste Zeit, den rechtsbürgerlichen Kräften die Quitting für ihre Politik auszustellen.

Liestal! Basel! Wir haben ein Problem!

Die Studierenden sind nicht das Problem. Sie bewegen sich frei über die Kantonsgrenzen, holen sich Wissen und tragen es weiter.

Die Kulturschaffenden sind nicht das Problem. Sie machen ihre Kunst dort, wo sie Inspiration finden. Und wo sie möglich ist.

Die Kulturkonsumierenden sind auch nicht das Problem. Sie finden die Kultur und auch den Heimweg über Kantonsgrenzen hinweg.



Christoph Hänggi
SP-Landrat, Therwil,
Präsident der Bildungs-,
Kultur- und Sportkommission
des Landrats

und Finanzierungen geht vergessen, um was es eigentlich geht. Findet die Politik keine gemeinsame Basis, trägt sie das Problem in den Alltag der Studierenden, der Kulturschaffenden und der Kulturkonsumierenden. Die Kantonsgrenzen gewinnen an Bedeutung. Leute werden eingeschränkt oder ausgeschlossen. Der heute sehr fruchtbare gemeinsame Bildungs- und Kulturalltag ist gefährdet.



Claudio Miozzari
SP-Grossrat, Mitglied
der Bildungs- und Kultur-
kommission des Grossen Rats

Uni-Deal war dringend nötig

Der Uni-Deal zu Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2018–2021 der Universität war zwingend nötig, sein Vorliegen Anlass zu grosser Erleichterung. Wie sind die Verhandlungsergebnisse in Sachen Uni und Kulturvertrag einzuordnen? Die Universität hat wieder Planungssicherheit – zumindest für die kommenden vier Jahre. Dass die bürgerliche Regierung des Kantons Basel-

land mit ihrer Sparpolitik bei der Uni ansetzte, ist allerdings schlicht beschämend. Dass sie damit in den Verhandlungen Erfolg hatte, umso ärgerlicher.

Die SP-Fraktionen werden dem neuen Leistungsauftrag wohl trotz dieser unbefriedigenden Situation zustimmen. Denn alles andere würde zu weiteren Unsicherheiten für die für unsere Region zentrale Institution Uni Basel führen.

Kulturelle Vielfalt gefährdet

Noch unbefriedigender ist das Resultat bei der Kultur. Es ist schlicht frech, dass sich die Baselbieter Regierung ihrer Verantwortung noch weiter entzieht. Die kulturelle Vielfalt ist aufgrund der Halbierung des Baselbieter Beitrags an die regionalen Kulturinstitutionen ab 2021 gefährdet. Wir sind entsetzt über die Haltung des Kantons Baselland. Denn bereits bisher leistete BL nur

einen Bruchteil an die Kosten der Zentrumskultur, die stark oder sogar mehrheitlich von Baselbieter Besucherinnen und Besuchern genutzt wird.

Die Kompensation des Baselbieter Beitrags durch Basel-Stadt ist erfreulich, wird aber noch für politische Diskussionen sorgen. Es besteht die Gefahr, dass einzelne Kulturinstitutionen für den Ärger über die unbefriedigende Partnerschaft büssen müssen. Die SP wird sich auch hier für die kulturelle Vielfalt und für eine Planungssicherheit der betroffenen Institutionen einsetzen.

Für eine richtige Partnerschaft

Eine gemeinsame Trägerschaft der Universität – wie sie von den Baselbieter Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bestätigt wurde – würde gleiche Mitbestimmungsrechte und gleiche finanzielle Bei-



Ein Deal – zwei ungleiche Partner.

AGENDA SP BL

- Dienstag, 19. September 2017, 18.30 Uhr, Restaurant Falken, Liestal
Gründung SP MigrantInnen BL – mit Mustafa Atici, Präsident SP MigrantInnen Schweiz
- Mittwoch, 20. September 2017, 19.15 Uhr, NSH, Basel
Sektionskonferenz
- Sonntag, 24. September 2017
Abstimmungssonntag! 2x NEIN zur Finanzpolitik mit dem Rasenmäher! 2x JA zur Altersvorsorge 2020! JA zum Margarethenstich! NEIN zur Änderung des Bildungsgesetzes!
- Mittwoch, 18. Oktober 2017, 19.30 Uhr, Zwingen
Delegiertenversammlung
- Samstag, 28. Oktober 2017, 9 – 13 Uhr, Regierungsgebäude, Liestal
Parteitag Sozialpolitik (siehe auch Kasten Seite 12)

AGENDA SP BS

- Montag, 18. September 2017, 18.30 Uhr, Sekretariat, 4. Stock des Gewerkschaftshauses
Kerngruppe SP Frauen
- Montag, 18. September 2017, 20.00 Uhr, Volkshaus, Unionssaal
Delegiertenversammlung
- Samstag, 23. September 2017, 9.15–15.00 Uhr, Didi Offensiv, Erasmusplatz 12
Bildungsreihe: «Digitalisierung: Arbeit der Zukunft»
- Sonntag, 24. September 2017
Abstimmungssonntag